

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **40 (1960-1961)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

DIE DROHUNG IM KONGO

Der Brand, der im Kongo nach der Proklamation der Unabhängigkeit ausbrach, ist trotz umfassender internationaler Hilfe noch nicht gelöscht. Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* hatte mit rascher Initiative und erstaunlichem Geschick eine Truppe mit Kontingenten von 14 Nationen herbeigerufen, dazu einen Stab von Experten für die Aufrechterhaltung der Versorgung und des Gesundheitsdienstes; aber diese internationale Feuerwehr konnte der Brände nicht Herr werden, sondern sie nur eindämmen. Innerhalb des Riesenlandes geben Funktionäre und Soldaten der UN dem Leben in den wichtigen Zentren einen Ansatz von Struktur und Stabilität, während das gefährliche Spiel der kongolesischen Parteiintrigen weitergeht und den Prozeß der Aufsplitterung noch zu beschleunigen droht.

Der Hauptschuldige an dieser Entwicklung ist der kongolesische Premierminister *Patrice Lumumba*. Statt mit einem Minimum staatsmännischer Verantwortlichkeit mäßigend in die Krise einzugreifen, spielt er sich als politischer Agitator auf, der maßlos und hemmungslos mit Anschuldigungen um sich wirft. Anlaß dazu gibt ihm insbesondere die Rolle der Vereinten Nationen bei der Besetzung der Provinz *Katanga*, die sich unter Ministerpräsident *Moïse Tschombé* von der Zentralregierung Lumumbas losgesagt hat. Bei der Vorbereitung des Einmarsches der UN-Truppen in Katanga hatten sich Lumumba und Hammarskjöld noch Seite an Seite befunden. Lumumba erhoffte sich von den UN ein Kampfmittel, um seinen Gegenspieler in Elisabethville, Tschombé, auszuschalten. Nach großen Befürchtungen vollzog sich der Einmarsch jedoch ohne ernstere Zwischenfälle; Hammarskjöld mischte sich aber nicht in den internen Streit zwischen Lumumba und Tschombé,

was ihm die schärfsten Vorwürfe des kongolesischen Premiers eintrug, die wiederum von Moskau sekundiert wurden. Die Mißhandlung kanadischer Offiziere der UN durch kongolesische Soldaten und andere Übergriffe gegen die internationalen Ordnungskräfte sind Auswirkungen der zugleich maßlosen wie jeder wahren Autorität ermangelnden Politik Lumumbas.

Die Zukunft des Katanga

Wie stellt sich die Frage Katangas, die noch immer ungelöst ist, für die weitere Zukunft? Die Verwaltung der Provinzregierung ruht weitgehend auf dem Beitrag und der Unterstützung der *Union Minière*. Wenn Tschombé nun zusammen mit den weißen Industrieführern der Provinz und mit der Macht der Stammeshäuptlinge, womöglich gefördert von den europäisch dominierten Regierungen Rhodesiens, seinen Staat aufbaut, so droht er sich in *Gegensatz zum schwarzen Nationalismus* Afrikas zu stellen.

Dem sowjetischen *Kommunismus* würde damit die große Chance gegeben, sich an der Seite Lumumbas oder anderer Führer als Vorkämpfer des afrikanischen Unabhängigkeitsstrebens aufzuspielen, während es bis heute gelungen ist, die Initiative des Westens im Rahmen der UN zu wahren. Eine einmütige Stellungnahme zugunsten von Katanga könnte wohl im Augenblick von Erfolg gekrönt sein; auf die Dauer aber wäre sie zum Scheitern verurteilt. Die neuen Staaten Afrikas würden sich verbünden gegen eine Regierung, die mit Einverständnis der Europäer eine geteilte Herrschaft in der Schatzkammer des Kongos errichtete.

Freilich wird für die Beurteilung des katangischen Separatismus entscheidend sein, wie die Entwicklung in den übrigen Pro-

vinzen des Kongos verläuft. Bereits scheinen die Kräfte und Möglichkeiten der Organisation der UN über die Maßen angestrengt. Die Ablösung des stellvertretenden Generalsekretärs *Ralph Bunche* durch den indischen Hochkommissar in Karachi, *Rajeshwar Dayal*, deutet darauf hin. Während die erste Aktion — die Ablösung der belgischen Truppen durch UN-Truppen — überraschend glatt ablief, drohen die politischen Auswirkungen des Konflikts zwischen Léopoldville und Elisabethville die UN zu überfordern.

Es wird auch heute kaum mehr möglich sein, eine *Treuhand* über den Kongo zu errichten; selbst wenn von afrikanischer Seite die Politik Lumumbas verurteilt wird, so wäre es doch mit dem neuen afrikanischen Selbstbewußtsein unvereinbar, in einem der größten Territorien Afrikas, wo eine Kolonialmacht während Jahrzehnten die Ausbildung eines Kadres versäumt und verhindert hat, eine Vormundschaft der Weltorganisation einzurichten.

Auch die USA können sich angesichts des West-Ost-Konflikts — zudem sind sie durch die Präsidentschaftswahlen in ihren Aktionen behindert — nicht direkt im Kongo-Konflikt einschalten. Washington würde damit Moskau Gelegenheit zu neuen Interventionen geben. Die Anwesenheit von Kontingenten Kanadas — ein Mitglied des Atlantikpaktes — wird bereits zum Vorwand genommen, Angriffe gegen die Vereinten Nationen und die Hauptträger der Aktionen im Kongo zu richten. Allerdings hat der *Sicherheitsrat* in der auf Hammar-skjöld's Verlangen einberufenen Sitzung nach ausgiebiger Debatte erneut den Aktionen des Generalsekretärs und seiner Organe zugestimmt; außerdem ist ihm ein Konsultativkomitee beigegeben worden.

Zerfall der Mali-Föderation

In der Nacht vom 19. auf den 20. August ist unter dramatischen Umständen die Mali-Föderation in Westafrika in Brüche gegangen. *Modibo Keita*, Regierungschef der Föderation, und die sudanesischen Mitglieder des Kabinetts wurden in Dakar in Hausarrest

gesetzt und später per Eisenbahn nach dem Sudan befördert. Diese kurzlebige Föderation zwischen Senegal und Sudan war vor anderthalb Jahren gebildet worden, stand aber von Anfang an im Zeichen starker innerer Gegensätze, die nun im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zum Bruch geführt haben.

Dieser Zerfall demonstriert Spannungen, die sich zwischen Staaten Afrikas mit unterschiedlicher Entwicklung ergeben und die sich in Zukunft auch an anderen Orten in analoger Weise wiederholen können. Der kulturell und wirtschaftlich entwickelte *Senegal* mit seinen Hafenstädten Dakar und Saint-Louis ging ein Bündnis mit dem volkreichen und an Territorium viel größeren *Sudan* ein, der jedoch für seine wirtschaftliche Entwicklung auf Senegal angewiesen ist. Die Sudanesen vertreten eine konsequente nationalistische Politik, etwa im Sinne des benachbarten Guinea unter Führung *Sékou Tourés*. Die gemäßigten Senegalesen wünschten aus all diesen Gründen keinen engen Zusammenschluß, sondern eine lose Föderation. Für die Wahl des Präsidenten am 27. August kandidierte der bekannte senegalesische Dichter und Politiker *Léopold Sédor Senghor*, dessen Kandidatur *Modibo Keita*, dem Regierungschef sudanesischer Herkunft, nicht paßte. *Keita* entließ *Mamadou Dia*, der als Senegalese im Kabinett das Verteidigungsministerium innehatte und provozierte damit den Gegenangriff Senegals. Persönliche Rivalitäten und sachliche Hindernisse wirkten zusammen, um den Bruch herbeizuführen, der nun in Westafrika einen neuen Spannungsherd schafft. Präsident *de Gaulle* hat sich vermittelnd eingeschaltet und die beiden Premiers *Modibo Keita* (Sudan) und *Mamadou Dia* (Senegal) nach Paris zu Besprechungen eingeladen.

Britisch-deutsche Annäherung

Während in Afrika neue Konflikte ausbrechen, macht in Westeuropa die Verständigung erfreuliche Fortschritte: Premierminister *Macmillan* und Bundeskanzler *Adenauer*

trafen um den 10. August in Bonn zusammen, und diese Begegnung wird, obwohl ihre Resultate nicht im Detail bekannt sind, als bedeutsamer Fortschritt britisch-deutscher Annäherung und Markstein der europäischen Einigung gefeiert. Macmillan scheint die Konsequenz aus dem *Mißerfolg seiner Gipfeldiplomatie* gezogen zu haben, wozu freilich die Brüskierung durch Chruschtschew in den letzten Wochen noch beitrug, und wendet sich den Fragen des europäischen Zusammenschlusses zu. Adenauer seinerseits hat den Kurs in der *europäischen Wirtschaftspolitik* überprüft, die auf Seite der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu lange und zu ausschließlich unter Leitung von Professor Hallstein in Brüssel betrieben wurde. Angesichts der Gefahr einer wirtschaftlichen Aufspaltung Westeuropas in einen EWG- und in einen EFTA-Block sollen die *Regierungen nun direkt miteinander verhandeln*. Damit werden die Vollmachten jeder supranationalen Behörde eingeschränkt.

Wie verhalten sich die Umrissse dieser europäischen Zusammenarbeit im weiteren Rahmen zur *deutsch-französischen Koordination*, wie sie Gegenstand der Gespräche de Gaulles mit Adenauer in Rambouillet war? Hier sind die Auskünfte noch bescheidener, und es scheint, daß de Gaulles *Europapläne* sich durchaus im Rahmen der Sechs halten, in dem Frankreich eine dominierende Rolle spielt. Aufs Ganze gesehen ist es jedoch von Bedeutung, daß der sich anbahnende Zweifrontenkrieg zwischen zwei Wirtschaftsblöcken abgebrochen wird und bilaterale wie multilaterale Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Regierungen den Weg zu einer Verständigung ebnen.

Schauprozeß gegen Amerika

Nicht *Francis Gary Powers*, der Pilot des U-2-Erkundungsflugzeuges, sondern die *amerikanische Regierung* war der eigentliche Angeklagte im Moskauer Schauprozeß, und auch das Urteil, eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren, ist Teil dieser politischen Aktion.

Die Tatsache, daß in Schauprozessen nicht ein Individuum, sondern stellvertretend eine Klasse, Partei, Regierung oder Nation verurteilt wird, ist auch wichtiger als die Frage, ob Powers eine umfassende «Gehirnwäsche» über sich ergehen lassen mußte und so für die Prozeßbühne im Moskauer Gewerkschaftshaus «präpariert» wurde.

Powers' Flugzeug war am 1. Mai, zwei Wochen vor Beginn der Gipfelkonferenz, in der Gegend von Swerdlowsk unter Umständen, die auch heute noch nicht einwandfrei festgestellt sind, abgeschossen worden. Mit dem Kurswechsel im Kreml, der den Kalten Krieg gegen den Westen verschärft, mußte der Spionagefall, auf den Washington in höchst ungeschickter Weise reagiert hatte, zum Musterexempel «amerikanischer Aggression» werden. Die Propagandakampagne gegen die USA und die Demarchen gegen die amerikanischen Stützpunkte in Europa und Asien konnten für Wochen davon profitieren, ebenso die Wachsamkeitskampagne gegen angebliche Spione und Saboteure in der Sowjetunion. Auch die Ausweisung harmloser amerikanischer Touristen und Studenten in den letzten Wochen ist Teil dieser Kampagne gegen die USA.

Eucharistischer Kongreß in München

Für eine Woche war München Schauplatz des 37. Eucharistischen Kongresses, zu dem sich *eine Million Katholiken* aus aller Welt versammelt hatten. Zur Schlußfeier waren sie auf der Theresienwiese versammelt, rund um die Altarinsel mit hellem Segeldach. Die lateinische Botschaft des Papstes wurde verlesen, und der päpstliche Legat, Kardinal *Testa*, hielt eine Predigt in deutscher Sprache; einigend über alles war jedoch das Meßopfer, das die Massen zur einen Gemeinde zusammenfügte.

Während des Kongresses fanden in München eine Reihe anderer Kongresse und Tagungen sowie zahllose Vorträge und Aussprachen statt, die sich mit aktuellen Fragen befaßten. Einerseits stand der Geist weltweiter Versöhnung und des Friedens im

Vordergrund; andererseits aber — die Nähe des Eisernen Vorhangs mahnte daran — wurde die Bedrohung unserer Welt durch die Mächte des Atheismus, des Materialismus und der Gewalt heraufbeschworen. Ein Höhepunkt der Tagung war die *Sühnewallfahrt nach Dachau*, wo drei ehemalige KZ-

Häftlinge — der österreichische Parlamentspräsident Figl, Erzbischof Adam Kodłowski aus Nordrhodesien und der französische Innenminister Michelet — an die Schrecken jener Tage erinnerten.

Picus

BRIEF AUS ENGLAND

Die Ende Juli von Macmillan durchgeführte Umgestaltung seiner Regierung hatte keinerlei politische Bedeutung und war bloß durch den Rücktritt des Schatzkanzlers Heathcoat Amory notwendig geworden. Dem Ministerpräsidenten kam dieser Rücktritt sehr unerwünscht, und es war unter diesen Umständen verständlich, daß er dieses so hochwichtige Ministerium seinem größten Vertrauensmann im Kabinett überweisen wollte. Selwyn Lloyd war, trotz der vielen an der Spitze des Foreign Office verbrachten Jahre, immer im Herzen ein Wirtschaftsmann geblieben und hatte schon vor längerer Zeit um eine Rückversetzung in die Wirtschaftspolitik gebeten. Ebenso natürlich war es, daß Macmillan, der in der gegenwärtigen Weltlage in der Außenpolitik die allerwichtigste Aufgabe seiner Regierung sieht und sich bekanntlich auch selbst als Staatsmann von weltpolitischem Format betrachtet, einen persönlichen Vertrauensmann zum Nachfolger seines Freundes Selwyn Lloyd machen wollte. Dazu kam noch seine auf eigener Erfahrung begründete Überzeugung, daß ein parlamentarischer Außenminister durch die Sitzungen des Parlamentes und die Kontakte mit seinen Wählern viel zu sehr beansprucht ist, um sich, im Zeitalter der reisenden Diplomatie und des Masseneinganges dringender Telegramme, den immer größeren Aufgaben seiner Stellung vollauf widmen zu können. Obwohl das britische Oberhaus heute eine verhältnismäßig geringe konstitutionelle Rolle spielt, ist seine Mitgliedschaft eine durchaus berechtigte Grundlage um einer parlamentarischen Regierung angehören zu können.

Um den Bedenken der Opposition Rechnung zu tragen, daß die Leitung der Außenpolitik im Unterhaus «auf höchster Ebene» vertreten sein müsse, wurde ein besonderer Staatssekretär, E. Heath, mit vollem Kabinettsrang als alter ego des Außenministers berufen. Der Innenminister Butler bleibt weiterhin ständiger Vertreter des Ministerpräsidenten im Falle seiner Abwesenheit. Das ganze «demokratische» Geschrei wegen der Ernennung eines Lords war ein typischer «Sturm im Wasserglas».

Lord Home hat sich bereits als Minister für Beziehungen mit den Staaten des Commonwealth als hervorragender Diplomat erwiesen. Trotz seiner engen Freundschaft mit Macmillan macht er den Eindruck einer viel größeren Selbständigkeit als der von der Opposition als «Stimme seines Herrn» verschrieene Selwyn Lloyd. Der völlige Zusammenbruch der bisherigen Illusionen über die Möglichkeiten einer Verständigung mit den Lenkern der kommunistischen Welt und der Widerwillen Macmillans gegen das Risiko neuer Gipfelexperimente machen es notwendig, einen Mann mit größerer persönlicher, wenn auch nicht gerade staatsmännischer Autorität als Lenker der britischen Außenpolitik zu haben. Der letzte Brief Chruschtschews an Macmillan hat die Nutzlosigkeit jeglicher weiterer persönlicher Korrespondenz mit dem sich immer mehr wie ein roter Hitler gebärdenden Kremlgewaltigen bewiesen. Macmillan ist daher, gleich wie Eisenhower und de Gaulle, der Ansicht, daß nur klassische Diplomatie unter der Leitung der dafür verantwortlichen Minister für Beziehungen mit Mäch-

ten am Platze sei, welche keinerlei Verständigung wünschen und bloß durch die Angst vor dem Risiko eines atomaren Vernichtungskrieges von direkten Feindseligkeiten abgehalten werden können. Das unerhört provozierende Benehmen der Sowjetunion in der Kongokrise konnte die britische Regierung nur in dieser Überzeugung bestärken, um so mehr als dieses Benehmen gleichzeitig ein starkes Maß von Bluff enthielt, besonders den Vereinten Nationen gegenüber.

Natürlich trägt der Ministerpräsident selbst die Hauptverantwortung für die Außenpolitik. Die Taktik Macmillans gegenüber der sozialistischen Opposition hat ihn häufig in den Verdacht gebracht, den Russen Konzessionen machen zu wollen. In Wirklichkeit wollte er nur, angesichts einer zum großen Teil irreführenden öffentlichen Meinung, seinen ehrlichen Friedenswillen beweisen. Chruschtschews Brutalität ist ihm daher sehr zustatten gekommen. Von einer britischen Bereitwilligkeit zum Nachgeben kann heute keine Rede sein. Das gilt ganz besonders für Berlin. Diesbezüglich scheinen sich aber die kommunistischen Machthaber große Illusionen gemacht zu haben — und vielleicht noch zu machen. Die Reise Macmillans nach Moskau, «optimistische» Äußerungen führender britischer Politiker, vor allem aber die scheinbare Stärke der pazifistischen Bewegung in England und das Verlangen der von vielen Millionen gelesenen Blätter Lord Beaverbrooks («Daily Express», «Evening Standard» usw.) — und auch der linkssozialistischen Organe («New Statesman» usw.) — nach Frieden mit Rußland durch Anerkennung der DDR —, alles das mußte diese Illusionen bestärken. Eine Zeitlang dachten die roten Machthaber mit Hilfe grandioser Propaganda u. a. gegenseitigen Besuchen, diesen Anzeichen eines Nachgebenwollens Englands zur dominierenden Rolle in der öffentlichen Meinung des Landes verhelfen zu können. Den größten Erfolg scheinen dabei die diesbezüglichen Bemühungen der Pankower Regierung zu erzielen. Nicht nur linksstehende Gewerkschafter und Sozialisten wie Silverman, Zilliakus, Warley usw., oder Anhänger

der bedingungslosen Abrüstung und Neutralität aus dem Lager des anglikanischen Domherrn Collins und seiner Teilnehmer an den Protestmärschen nach den Kernwerken von Aldermaston, sondern auch konservative Sonderlinge wie Lord Boothby und Lord Hinchinbrook haben Einladungen der Pankower Regierung angenommen und sich für die ihnen erwiesene, wahrlich orientalische Gastlichkeit mit Befürwortungen der Anerkennung dieser «Regierung» bedankt. Alle diese verblendeten Friedensapostel betrachten sich als «Realisten» und sehen in der «Feststellung vollendeter und unabwendbarer Tatsachen» den einzigen Weg zur Beendigung des «Kalten Krieges». Nichts hilft dem Kommunismus mehr als solche Torheit.

Die Bonner Regierung war bisher nicht imstande, dieser phantastischen Propaganda mit Gastreisen, Flugblättern und reichlich dokumentierten «Enthüllungen» über nationalsozialistische Verbrecher in Adenauers Diensten etwas Ebenbürtiges entgegenzustellen. Es muß leider auch zugegeben werden, daß die Säuberung des Bonner Apparates von Leuten mit kompromittierter Vergangenheit und die Entschädigung der Opfer der Greuelthaten in den Konzentrationslagern (vor allem der Polen und anderer Nichtjuden) viel zu langsame Fortschritte machen, um einer gründlichen Gegenpropaganda dienen zu können. Merkwürdigerweise ist das diesbezügliche Gedächtnis der Engländer, die von diesen Greueln erst nach der Niederlage des «Dritten Reiches» in allen Einzelheiten unterrichtet wurden, viel empfindlicher als das der anderen Westeuropäer, die doch unter der deutschen Okkupation unverhältnismäßig mehr zu leiden hatten. Trotzdem ist die verständliche Beunruhigung in Bonn über die Pankower Propaganda zum großen Teil unbegründet. Nur ein unbedeutender Teil der britischen öffentlichen Meinung läßt sich dadurch irreführen. Die wenigsten der vielen Millionen Leser der oben erwähnten «populären» Presse interessieren sich überhaupt für Politik und lesen diese Blätter bloß wegen ihrer guten Sport- und Kriminalberichte. Die verantwortliche Presse zeigte

dieser Propaganda die ihr gebührende Verachtung.

Auch die Leitung der Labour-Partei steht diesem Pazifismus fern, und Gaitskell hat wiederholt die «dummen Bemerkungen» der Pilger nach Pankow verurteilt. Der Durchschnittsengländer ist viel zu patriotisch, um sich durch einen defaitistischen Pazifismus zur Kapitulation verleiten zu lassen. Die letzten Wahlen haben auch bewiesen, wie unpopulär die Opposition der Sozialisten gegen das «Suez-Abenteuer» Edens war. Diese Einstellung der öffentlichen Meinung macht es der Regierung leicht, mit Amerika und Frankreich am Grundsatz der unbedingten Garantie der Freiheit West-Berlins festzuhalten, was immer auch kommen mag.

Freilich haben Macmillan und seine Regierung keinerlei Illusionen hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung. Solange das Dogma der weltrevolutionären Mission des Kommunismus und der Unverletzlichkeit des kommunistischen Besitztums die Politik in Moskau bestimmen, bleibt das Schicksal Ostdeutschlands (d. h. der sogenannten DDR) auf das engste verbunden mit dem der anderen, vom Kommunismus geknechteten Länder. (Niemand in England nimmt deutsche Illusionen einer Möglichkeit der Änderung der Oder-Neiße-Grenze überhaupt ernst.) Aber — wie gesagt — Berlin ist heute auch für die Engländer zum Symbol der «äußersten Schanze» geworden, von deren Verteidigung der Endsieg im Kalten Kriege abhängt, so endlos dieser auch dauern mag. Die Schande von Jalta hat den Westen schon zu viel gekostet.

Von diesem Standpunkte ausgehend hatte Macmillan keine Schwierigkeiten, sich bei seinem letzten Besuch in Bonn mit Adenauer zu verständigen. In Wirklichkeit beruhten ja die von den Zeitungen so stark aufgebauchten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und London zum großen Teil auf unbegründeten Verdächtigungen. In England dachten viele, der Bundeskanzler wolle durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs England vom Kontinent abdrängen. In der Bundesrepublik fürchteten viele, England wolle einen enge-

ren Zusammenschluß auf dem Kontinent nach Kräften stören. Nun haben, wie die «Frankfurter Allgemeine» (12. August) richtig feststellt, «London und Bonn die Einheit Europas unverrückbar zum Leitstern gesetzt». Macmillan ist dem Bundeskanzler dankbar für seine diesbezügliche Initiative gleich nach seiner, ebenso der Einheit Europas gewidmeten Unterredung mit de Gaulle. Natürlich war Macmillans Hauptthema in Bonn die Erklärung der Beziehungen zwischen EWG und EFTA. England ist bekanntlich durch besondere wirtschaftliche Verträge, sowohl mit den Staaten des Commonwealth als auch mit denen der Europäischen Freihandelsassoziation, verbunden und kann daher nicht auf eigene Faust der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten. Daher sieht England das beste Mittel zur politischen Zusammenarbeit mit den Staaten der EWG in der zu Recht bestehenden WEU (Westeuropäische Union), zu der England, zusammen mit diesen Staaten, gehört und die mit der NATO harmoniert. England fürchtet daher, daß Pariser Träume eines «politischen Sekretariates» der EWG Westeuropa zu spalten drohen und sieht in gegenseitigen, Amerika nicht diskriminierenden Zollsenkungen das beste Mittel zur Überbrückung der Gegensätze zwischen beiden europäischen Wirtschaftsverbänden und zur Ebnung der Wege ihres zukünftigen Zusammenschlusses. Bei Adenauer hat der britische Ministerpräsident dafür das größte Verständnis gefunden. Wie der «Rheinische Merkur» (5. August) meint, wird «die europäische Einigungsbewegung künftig auf zwei Gleisen, gleichzeitig und parallel weitergehen». Durch die WEU verbindet England schon indirekt die EWG mit der EFTA. Westeuropa wird sich nicht Rußland zuliebe spalten lassen. Das ist ja auch die Überzeugung de Gaulles, wenn auch seine Wünsche einer Reorganisation der NATO insofern auf Widerstand stoßen, als ein «Direktorium» nicht den «kleineren» Bundesgenossen aufgedrängt werden könnte.

Solange der gegenwärtige wirtschaftliche Wohlstand Englands andauert und die inneren Zerwürfnisse in der Labour-Partei die sozialistische Opposition ohnmächtig ma-

chen, können die Konservativen vertrauensvoll damit rechnen, viele Jahre im Sattel zu bleiben. Doch bereitet der Regierung der Mangel an «Exportfreudigkeit» unter den Industriellen, wie Macmillan sich ausdrückte, Sorgen wegen der dadurch bedingten bedenklichen Handelsbilanz. Im Juni erreichte das Handelsdefizit 272 Millionen

Dollar und zwang die Regierung zu drastischen Maßregeln zur Verteuerung des Geldes und zur Verhütung der Inflation. Der Export muß vergrößert werden, auf Kosten der Kauffreudigkeit der gut verdienenden Massen.

Adam Romer

KAMPFWEISE DER PSYCHOLOGISCHEN KRIEGFÜHRUNG

Die im Juli gemeldeten Desertionen von drei Angehörigen der deutschen Bundeswehr nach der Sowjetzone sind nicht nur jenseits des eisernen Vorhanges, sondern auch in einzelnen westlichen Presseorganen stark aufgebauscht worden. Es ist daher am Platz, wieder einmal auf die raffinierte Methode der kommunistischen Versuche zur systematischen Zersetzung der Bundeswehr hinzuweisen. Wir stützen uns dabei auf Darstellungen in der westdeutschen Presse, die zum Teil durch Faksimile-Bilder der Originaldokumente illustriert sind¹. Das Ziel dieser Zersetzungsversuche ist die ideologische Aufweichung und Zerstörung jeglichen Wehrwillens in der Bundesrepublik, wofür den kommunistischen Dienststellen der Sowjetzone offenbar jedes Mittel recht ist. Im Vordergrund stehen periodisch erscheinende Hefte, die in der Sowjetzone gedruckt und auf mancherlei Wegen in die Bundesrepublik eingeschleust werden. In der Öffentlichkeit am bekanntesten ist die «Kaserne», die von einer Gruppe der Westabteilung des sowjetzonalen Gewerkschaftsbundes herausgegeben und in einer Auflage von etwa 40000 Stück verteilt wird. Inhalt und Form der Hefte spekulieren auf die schockierende Wirkung publizistischer Kontraste. Keine Nummer, die nicht Bilder von Grabhügeln, Kreuzen, Leichen oder Särgen

enthielte — und keine auch, die auf derbe Erotik verzichten wollte. Der Zersetzung auf kulturellem Gebiet dient vor allem das in Berlin erscheinende Magazin «tabu», das dem morschen und dekadenten Westen den vorbildlichen Sozial- und Kulturstaat des Ostens gegenüberstellt und jedem Heft einige mit kundigem Blick gewählte Aktphotos beigibt.

An Soldaten und Unteroffiziere wendet sich in einer monatlichen Auflage von 70000 «Der Soldatenfreund», der in erstaunlich primitiver Form die angeblich schlechte Verpflegung und die angeblich vielen Unfälle in der Bundeswehr behandelt, zur Desertion in die Sowjetzone auffordert und Anleitungen zur Befehlsverweigerung erteilt. Wesentlich geschickter ist die für Offiziere bestimmte «Wehrpolitik» aufgezogen, die neustens auch an westdeutsche Intellektuelle verschickt wird. Bei der Behandlung historischer und militärpolitischer Themen wird an nationalistische Gefühle appelliert und immer wieder der Versuch unternommen, Ressentiments gegenüber der NATO zu erzeugen. «Wehrpolitik» und «Soldatenfreund» sind Erzeugnisse der «Selbständigen Abteilung» des ostdeutschen Ministeriums für Nationale Verteidigung, die als eigentlicher Träger der Zersetzungsarbeit gegen die Bundeswehr zu bezeichnen ist. Außer den erwähnten Zeitschriften erstellt die «Selbständige Abteilung» monatlich Millionen von Flugblättern, die sich mit sehr unterschiedlichem Niveau und in den verschiedensten Formen an Angehörige der Bundeswehr wenden. Hektographierte

¹ Dr. F. W. Schломann, Psychologische Kriegführung, im SBZ-Archiv, Nr. 11, Juni 1960, Köln; Karl Wilhelm Fricke, Zersetzungsversuche, im «Rheinischer Merkur», Nr. 31 vom 29. Juli 1960.

Flugblätter, die ebenfalls von der «Selbständigen Abteilung» hergestellt werden, haben allgemein den Alltagsklatsch einer Garnisonsstadt zum Gegenstand und sollen den Eindruck erwecken, daß in der Bundeswehr «Widerstandsgruppen» bestehen. Andere Flugblätter bezeichnen als Herausgeber tatsächlich bestehende oder fiktive westdeutsche Verbände.

Verschiedene Vertriebsapparate besorgen die Verteilung dieser kommunistischen Schriften in Westdeutschland und vor allem in der Bundeswehr. Aus allen möglichen Quellen werden Adressen von Angehörigen der Bundeswehr zusammengetragen, damit die Zersetzungsliteratur womöglich unter persönlicher Adresse durch die Post zugestellt werden kann. Mit Vorliebe werden die bereits adressierten Sendungen in Koffern von 500 bis 2000 Stück durch Kuriere über die Zonengrenze geschleust und dann in der Bundesrepublik auf die verschiedensten Postkästen verteilt. Zu Weihnachten erhielten zahlreiche Bundeswehrsoldaten größere Weihnachtspäckchen mit Zigaretten, Schokolade und Flugblättern, die an Kameraden zu verteilen waren. Anfangs dieses Jahres wechselte die Methode. Die Soldaten erhielten nun den Liebesbrief eines jungen Mädchens mit der Einladung, eine zweite postlagernd zugestellte Sendung, die natürlich Zersetzungsmaterial enthielt, abzuholen. Jetzt gehen viele Druckerzeugnisse der «Selbständigen Abteilung» in Paketen über Westberlin an beliebige Empfänger in der Bundesrepublik mit der Aufforderung zur Verteilung in verschiedene Briefkästen.

Die Kommunisten begnügen sich indessen nicht allein mit dem Vertrieb von Zeitschriften und Flugblättern, sondern suchen auch, durch Herstellung und Versand gefälschter Dokumente, Unruhe und Verwir-

rung zu stiften. Erst wurden gefälschte Einberufungsbefehle zur Bundeswehr verschickt, die zufolge ihres propagandistischen Begleittextes leicht zu durchschauen waren. Dann erhielten viele Wehrpflichtige die gefälschte Mitteilung, sie seien von der Erfassung zur Musterung ausgenommen, und die Weisung, anderslautende Aufforderungen irgendwelcher anderer Dienststellen nicht zu beachten. Kurz vor Beginn der ersten Musterungen in Westdeutschland müssen Zehntausende derartiger Ausmusterungsbescheide verschickt worden sein. Viele Wehrpflichtige erhielten gefälschte Mitteilungen, daß sie bis auf weiteres zurückgestellt oder gar aus der Bundeswehr entlassen seien. Zu den Fälschungen gehören auch Todesmeldungen, welche die Angehörigen von Soldaten in Unruhe versetzen sollen oder die Beschuldigung einzelner Soldaten, Frauen belästigt und Zechschulden gemacht zu haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach stammten diese Fälschungen alle von der Hauptabteilung V der «Hauptverwaltung Aufklärung» des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, d. h. vom Spionagedienst der Ostzone. Selbst in die Familien von Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr wird Verwirrung gestiftet durch die Zustellung parfümierter Liebesbriefe von zarter Hand, mit angeblichen intimen Geständnissen an die Wohnadresse. Diese Briefe sollen Eifersucht und Mißtrauen der Ehefrauen wecken, zu ehelichen Auseinandersetzungen führen und damit die dienstliche Tätigkeit des Offiziers oder Unteroffiziers schädlich beeinflussen. Man sieht gerade an diesem Beispiel, daß den Kommunisten für ihre psychologische Kriegführung gegen die westdeutsche Bundeswehr kein Mittel zu gering ist.

INNENPOLITISCHE TAGESFRAGEN

Die Schweiz und die supranationalen Organisationen

In den kürzlichen Pariser Verhandlungen um die Nachfolgeorganisation der OECE (Organisation Européenne de Coopération Economique) ist ein grundlegender Unterschied zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wie auch der OECE zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zutage getreten. In aller Sachlichkeit und ohne jede Überhebung darf festgestellt werden, daß die Schweiz im Lager derjenigen, die die Nachfolgeorganisation nicht zum einflußlosen Debattierklub herabsinken lassen, sondern ihr eine ähnliche Rolle wie der alten, so sehr bewährten OECE geben wollen, die führende Rolle spielte. Auf der Gegenseite standen Frankreich und die USA an der Spitze. Das ist höchst bemerkenswert. *In der OECE und in der EFTA sind die Kleinstaaten jemand.* In der EWG spielten sie bisher keine Rolle. Es ist bezeichnend, daß in der EWG eine einzige Großmacht, *Frankreich*, die Verständigung mit den übrigen Mitgliedern der EWG, den vielbesprochenen «Brückenschlag», ablehnt, sich aber durchzusetzen vermochte. Dies war ihm möglich durch die «contre cœur», aus vermeintlicher außenpolitischer Notwendigkeit gewährte Unterstützung durch die Deutsche Bundesrepublik. Ob es nach den Besprechungen Adenauers mit de Gaulle in Rambouillet und mit Macmillan in Bonn so bleibt, ist noch im Schoß der Zukunft verborgen. Für ein kleines Land höchst beachtenswert ist es aber, daß in der EWG in der für Europa wichtigsten Frage *eine* Großmacht den Ton angab. Vor allem die Niederländer, Wirtschaft und Regierung, haben bei jeder Gelegenheit ihre Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den beiden Blöcken betont. Belgien nimmt den gleichen Standpunkt ein. Man hat dies bis anhin aber weder in Frankreich noch in der supranationalen Bürokratie in Brüssel zur Kenntnis genommen. Die Kleinstaaten sind in der EWG ohne Einfluß. Es gibt dies einen Eindruck darüber, was es für

eine Tragweite für einen Kleinstaat hat, einen Teil seiner Souveränität an eine supranationale Organisation abzutreten.

Unter diesen Umständen wurde das Referat von P.-D. Dr. *Dietrich Schindler* «Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Fragen der Beteiligung der Schweiz an supranationalen Organisationen», das am 25. Juni 1960 vor der Schweizergruppe der «International Law Association» vorgetragen wurde, im richtigen Moment gehalten. Dr. Schindler hat sich u. a. zur Frage geäußert, ob es ohne ausdrückliche verfassungsmäßige Ermächtigung zulässig wäre, daß die Schweiz einem supranationalen Gebilde — wie die EWG eines ist — beiträte. Er verneinte sie, weil die Übertragung von Hoheitsrechten endgültig und außerdem von sehr großer Tragweite wäre. Es wäre also eine ausdrückliche verfassungsmäßige Ermächtigung notwendig. Das heißt, daß eine Abstimmung von Volk und Ständen stattfinden müßte. Es könnten also nicht einfach, wie beim Beitritt zur *nicht supranationalen EFTA*, Bundesrat und Parlament entscheiden.

Dr. Schindler hat noch eine zweite Frage untersucht: Ob der Beitritt zu einer supranationalen Organisation eine *Preisgabe der Neutralität* in sich schloße. Er kommt zum Resultat, daß ein neutraler Staat, der den supranationalen Organisationen angehört, nicht mehr in der Lage wäre, die wirtschaftlichen Pflichten eines Neutralen im Kriegsfall (die Gleichbehandlung beider Parteien) zu erfüllen. Es müßte daher sichere Gewähr geboten werden, sich im Kriegsfall unverzüglich lösen und wieder eine selbständige Handelspolitik führen zu können. Die wirtschaftliche Verschmelzung würde aber so eng, daß faktisch eine Lostrennung nicht mehr möglich wäre. So müßte sich ein dauernd Neutraler das Recht ausbedingen, schon in Friedenszeiten jene Wirtschaftszweige von den Regelungen des Gemeinsamen Marktes ausnehmen zu können, die für die wirtschaftliche Existenz in Kriegszeiten unerlässlich sind. Eine Beteiligung mit solchen Vorbehalten könnte aber keine Mit-

gliedschaft mehr sein, sondern nur eine Form der Assoziation, die ähnlich einer an die EWG angeschlossene Freihandelszone sein könnte.

Der Vortrag Schindler ist geeignet, mit der Vorstellung aufzuräumen, als sei ein Beitritt zur EWG eine rein wirtschaftliche Frage und als könnte er im Falle, daß der «Brückenschlag» nicht gelinge, als spätere Variante statt der Zugehörigkeit zur EFTA in Frage kommen. Ein Beitritt würde vielmehr die faktische Opferung der Neutralität bedeuten und müßte über eine Volksabstimmung gehen, die sich wohl als unübersteigbares Hindernis erweisen würde.

Fortschritt im Abbau der Mietenkontrolle

Die Umfrage des Bundesrates bei den Kantonsregierungen über ihre Stellung zum Ausführungsgesetz zur Mietenkontrolle hat ergeben, daß in den Kantonen der ernsthafte Wille zur Lockerung besteht. Teils faßt man die völlige Aufhebung ins Auge, teils wenigstens die Freigabe oder den Übergang zur Mietenüberwachung für bestimmte Regionen. Diese Haltung der Kantonsregierungen verdient größte Beachtung. In den Kantonen ist man anhand der Zahl der Streitfälle über die Kündigungen und die Fälle von Verletzungen der Mietzinsvorschriften, der Erhöhungsgesuche und anderer Anhaltspunkte gut im Bild darüber, ob und wo der Wohnungsmarkt noch angespannt ist. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das kommende Bundesgesetz den Weg für den kantonalen Abbauwillen freigeben wird.

Gleichzeitig legt ein am 1. Juni 1960 ergangenes *Urteil des Bundesgerichts* den Weg frei, in der Praxis einem anstößigen Übelstand im Mietwesen beizukommen. Das Bundesgericht hat entschieden, daß Mieter, die eine Wohnung gemietet haben, um sie vollumfänglich in Untermiete — praktisch geschieht dies meist zimmerweise — weiter zu vergeben, den Kündigungsschutz nicht anrufen können. Es handelte sich um einen Streitfall in Genf, wo der Übelstand der gewerbsmäßigen zimmerweisen Weitervermietung besonders verbreitet ist. Dabei

unterliegt die gesamthafte Vermietung solcher Wohnungen dem Mietenstopp, während die Untermiete frei ist. Der Untervermieter kann also die Knappheit des Angebotes preislich voll ausnützen, der Hauseigentümer hat nichts davon. Nachdem nun das Bundesgericht erkannt hat, daß — im Gegensatz zum Entscheid der Genfer Instanzen — solchen gewerbsmäßigen Weitervermietern der Kündigungsschutz nicht zusteht, dürfte die Zahl dieser oft ausbeuterischen Mietverhältnisse abnehmen, was sehr zu wünschen ist.

Streit um den Benzinzoll

Die innenpolitische Ferienstille ist durch die Diskussion um die Höhe des für die Finanzierung der Nationalstraßen zu erhebenden Treibstoffzollzuschlages unterbrochen worden. Der Bundesrat verlangt 7 Rappen, die Autoverbände «offerieren» deren drei. Es ist anzunehmen, daß der neue Hüter der Bundesfinanzen, Bundesrat Dr. *Bourgknecht*, an den Benzinzollstreit dachte, als er in seiner höchst bemerkenswerten Ansprache am 1. August in Genf mit schwer zu überbietender Deutlichkeit ausführte: «Die größten Demagogen haben eine sehr einfache Lösung gefunden: Der Staat soll seine Kreditfähigkeit ausnützen und sich die von ihm benötigten Mittel durch die Aufnahme von Anleihen beschaffen. Diese Leute sind also der Meinung, die heutige Generation solle durch das Mittel der Verschuldung, deren Lasten von den kommenden Generationen zu tragen wären, des ihr zufallenden und sich aus den heutigen Verhältnissen ergebenden Opfers entbunden werden.» Es ist anzunehmen, daß sich Bundesrat Bourgknecht mit großer Entschiedenheit für den Antrag des Bundesrates einsetzen wird, und das ist gut so. Er sagte ja auch weiter: «Die Bundesbehörden haben die Pflicht, derart verhängnisvollen Auffassungen entgegenzutreten.» Die Vorstände der Autoverbände haben offenkundig einige Tatsachen ganz einfach noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Daß die Annahmen der Planungskommission (die für die Finanzierungsfragen zudem kaum

zuständig war) über die Höhe der Kosten derart überholt sind, daß man mit ihren drei Rappen heute ganz einfach nicht mehr argumentieren darf; daß die Planungskommission selber heute diesen Vorschlag wohl nicht mehr machen würde, und die Motorisierung in den letzten 2 Jahren so viel mehr zugenommen hat als die Planungskommission annahm, daß nach dem ersten mit einem zweiten Nationalstraßenprogramm zu rechnen ist und daher eine Erstreckung der Finanzierung über die Bauperiode hinaus nicht mehr in Betracht gezogen werden darf. Die Autoverbände übersehen auch, daß die vom Vorstand des Touringclubs gewünschten Beiträge aus allgemeinen Bundesmitteln, wenn sie den Benzinzollzuschlag nennenswert entlassen sollten, eine so beträchtliche Höhe erreichen müßten, daß das nächste Finanzprogramm dann erheblich schärfer ausfallen würde. Die Berücksichtigung dieser Umstände, anders gesagt die Anerkennung der Tatsache, daß sich wichtigste Annahmen der Planungskommission nicht mehr aufrechterhalten lassen, führt zum Vorschlag des Bundesrates.

Der scheinbar so rein materielle Streit hat seinen grundsätzlichen Hintergrund. Es gibt Verbände, die Interessen wahrnehmen, die für das einzelne Mitglied von höchst sekundärer Natur sind. Das gilt von der Höhe der Benzinbelastung im Rahmen der Gesamtkosten eines Automobils und des gesamten Aufwandes eines Automobilisten. Trotzdem können diese Verbände eine gewaltige Mitgliederzahl haben. Das Interesse der einzelnen Mitglieder am Verband pflegt umgekehrt proportional zu ihrer Anzahl zu sein. Die enorme Mitgliederzahl gibt solchen Verbänden ein durchaus unproportioniertes finanzielles und politisches Gewicht. Die Gleichgültigkeit der Mitglieder erlaubt den Vorständen eine große Bewegungsfreiheit, der das Gegengewicht einer Kontrolle seitens der Mitglieder fehlt. Die Vorstände befeißeln sich keineswegs immer der Zurückhaltung und des Taktes, den sie, angesichts der beschränkten Bedeutung der von ihnen vertretenen Belange, üben sollten. Das zeigte sich etwa, als die Autoverbände die Vorschläge des Bundesrates ablehnten,

bevor sie die Botschaft kannten, was sich ein Verband nun einmal strikte verbieten sollte. Das Verbandswesen, das oft zu Unrecht kritisiert wird, weist hier einen besonders zu Auswüchsen und Disproportionen neigenden Flügel auf, der der kritischen Kontrolle der Öffentlichkeit bedürftig ist.

Wille zum Aufstieg

Sind 1936 in der Schweiz 20895 Lehrverträge abgeschlossen worden, waren es 1957 deren 32985; 1958 wurden 35240 gezählt. Entgegen dem, was man landläufig etwa hören kann, hat die gute Konjunktur die Eltern in ihrer großen Mehrheit nicht dazu verführt, der Versuchung zu erliegen, ihre Kinder ohne Lehre rasch verdienen zu lassen. Auch Verbände wie der der Maschinen- und Metallindustrie stoßen bei ihren Maßnahmen zur beruflichen Förderung der Arbeiter auf Bereitwilligkeit. Der Zudrang vor allem zu den Techniken ist groß. Die Härte der Anforderungen mag da und dort unter der guten Konjunktur gelitten haben; aber der Wille, vorwärts zu kommen, ist verbreitet. Er ist von außergewöhnlicher Bedeutung für die schweizerische Wirtschaft. Wenn man etwa hört, daß der größte ausländische Konkurrent einer Schweizerfirma der Branche der technischen Textilien für bestimmte heikle Verwendungen nicht seine eigenen Erzeugnisse verwendet, sondern in der Schweiz gekaufte, oder daß in der Schweiz die Arbeiter einer metallverarbeitenden Fabrik Verrichtungen vornehmen, die in der ausländischen Filiale nur der Vorarbeiter zu leisten vermag und zu leisten gewillt ist, so wird der Blick dafür geschärft, auf was es für unsere Wettbewerbsfähigkeit ankommt: *Die bessere Leistung auf allen Stufen.*

Um die Arbeitszeit

Die Stimmen mehren sich, die besagen, daß die Fünftagewoche vom physiologischen und psychologischen Gesichtspunkt gesehen keineswegs die beste Lösung der Arbeitszeitverkürzung sei. Für Frauen, die den Haushalt besorgen — auch ledige mit eigener Wohnung — und für junge Leute, die

weit weg von ihrer Arbeitsstätte zu Hause sind und noch regelmäßig über das Wochenende zu ihren Angehörigen reisen, mag der freie Samstag ein Geschenk sein. Die Zahl derjenigen, die von einer zusätzlichen Ferienwoche mehr hätten als von zwei freien Tagen am Wochenende, ist aber zweifellos nicht kleiner. Die vielen Arbeiter und Angestellten, die am freien Samstag regelmäßig einem andern Erwerb nachgehen, verdienen Achtung ob ihres Fleißes und Vorwärtstrebens, doch ist anderweitiger Erwerb schwerlich der Sinn des freien Samstagnachmittages in den Augen derer, die sich als seine Vorkämpfer betätigen. Aber dem Schema ist ungeheuer schwer beizukommen, obschon eine Umfrage des Verbandes freier Schweizer Arbeiter ergeben hat, daß auch in Arbeiterkreisen die Arbeitszeitverkürzung längst nicht an erster Stelle der Wünsche steht und hinter den Lohnerhöhungen rangiert. Heute drohen, im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung, zwei *Streiks* in unserem sonst so streikarmen Land. In der *Zuckerfabrik Aarberg*, so behaupten die Gewerkschaften, seien die Arbeiter hintennach geblieben und müßten aufholen. Die Fabrikleitung erklärt angesichts der stark defizitären Lage des Unternehmens die Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung als untragbar. Von größerer grundsätzlicher Bedeutung ist die Auseinandersetzung im *graphischen Gewerbe*. Mit Bezug auf Entlohnung und soziale Nebenleistungen hat man sich verständigt oder sind die Differenzen nicht mehr bedeutend. Hingegen lehnen die Arbeitgeber die Verkürzung der Arbeitszeit der Maschinensetzer von 44 auf 42 Stunden ab. Eine Urab-

stimmung bei der Gewerkschaft wird zeigen, ob es nun zum Streik kommt. Im Buchdruckgewerbe stellt sich das Problem der Bewältigung der Aufträge, wie jeder weiß, der mit ihm zu tun hat, mit Schärfe. Die Forderung, die Arbeitszeit trotzdem weiter zu verkürzen, mutet wie Prinzipienreiterei an. In einem Streik wären die Sympathien der Öffentlichkeit schwerlich auf der Seite der Arbeitnehmer. Vermutlich würde die Öffentlichkeit mit Erstaunen vernehmen, daß in der Branche, die bereits die kürzeste Arbeitszeit und erheblich überdurchschnittliche Löhne hat, eine weitere Verkürzung auch mit dem die Auftraggeber sehr störenden und schädigenden Mittel des Streiks durchzusetzen versucht wird. Dabei ließen sich die kurze Arbeitszeit, das überdurchschnittliche Lohnniveau und die hohen Sozialleistungen schon bisher nur erreichen, weil Prinzipale und Gewerkschaft mit kartellistischen Mitteln zusammenarbeiten, um die Kosten auf die Preise wälzen zu können. An der Frage der Arbeitszeit ist bisher auch eine Verständigung über das *neue Arbeitsgesetz* gescheitert, da die Arbeitgeber nicht gewillt sind, einer gesetzlichen Höchstvorschrift von weniger als 46 Wochenstunden zuzustimmen, die Gewerkschaften aber ihre 44-Stundenwocheninitiative, die sie unter politischem Konkurrenzdruck gestartet haben — wenigstens bis heute —, nicht zurückziehen wollen. Es mag daher sein, daß das Volk selber den Entscheid wird fällen müssen. Nach der wuchtigen Verwerfung der Landesring-Initiative läßt sich recht gut voraussehen, wie der Entscheid herauskäme.

Helveticus

ERSTE EUROPÄISCHE ÖKUMENISCHE JUGENDKONFERENZ

Unter dem Motto «Jesus Christus, das Licht der Welt» wird nächstes Jahr in New Delhi eine Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfinden. Damit die Stimme der Jugend an dieser Kirchenkonferenz in gebührender Weise zur Geltung ge-

bracht werden kann, finden vorgängig in Europa, Afrika und Amerika ökumenische Jugendkonferenzen statt. In diesem Rahmen tagte vom 13. bis 23. Juli dieses Jahres in Lausanne die erste europäische ökumenische Jugendkonferenz mit über 1700 Teilneh-

mern, unter denen sich auch ungefähr 250 Delegierte aus außereuropäischen Gebieten befanden.

1700 junge Leute äußern ihre Meinung

Damit an der Lausanner Konferenz wirklich die Stimme der Jugend zur Geltung kommen konnte, hatte man die Delegierten in kleine Gruppen von 20 bis 25 Leuten aufgeteilt. Die Gruppenleiter, die ihnen vorstanden, waren alles auch junge Leute. An ihnen war es, die verschiedenen Probleme der christlichen Jugend Europas mit ihren jungen Freunden zu erörtern und die Resultate dieser Besprechungen in den Gruppenleitertreffen an die Konferenzleitung weiterzugeben.

Daneben war es den Konferenzteilnehmern auch möglich, in drei Plenarsitzungen ihre Anschauungen und Anregungen vor der ganzen Versammlung auszusprechen. Eine Simultanübersetzung in den vier offiziellen Konferenzsprachen (englisch, schwedisch, französisch und deutsch) sorgte dafür, daß immer alle mitkommen konnten, und der Vorsitzende, Kanonikus Ed. Patey aus England, wachte darüber, daß keiner der Redner seine dreiminütige Redefrist übermarchte und daß möglichst alle Länder und alle Konfessionen zu Worte kommen konnten.

Eine besondere Kommission unter dem Vorsitz von Pfarrer Ernst Lange (Berlin) hat die Ergebnisse der Gruppendiskussionen, der Vollversammlungen und der Gruppenleiterbesprechungen sowie einzelne private Anregungen zu einem Ergebnis-Bericht verarbeitet, der am letzten Tage in den Gruppen nochmals recht gründlich durchdiskutiert wurde. Die bereinigte Form dieses Berichtes, der bei der Informationsabteilung des Weltkirchenrates in Genf bestellt werden kann, gibt also ein deutliches Bild von dem, was die christliche Jugend Europas zu vielen brennenden Gegenwartsfragen zu sagen hat.

Rechenschaftsbericht der Jugend

Der Bericht über die Ergebnisse der Konferenz beginnt mit einem Dank dafür, daß die

Konferenz möglich war und man sich mit den Delegierten und Beobachtern aus anderen Kirchen aussprechen und sich näher kennenlernen durfte.

Recht deutlich hat sich die Jugend geäußert über die Gewichte, die auf ihrem Gewissen lasten. Unter den Dingen, die das Licht Jesu Christi verdunkeln, wurden aufgezählt das Geld, die materiellen Güter und die Suche nach Glück, nach Erfolg, nach Vergnügen und Wohlstand.

Ein großer Teil der Schlußfolgerungen befaßt sich mit dem Kampf für die Einheit und das Verständnis unter den einzelnen Denominationen der Ortsgemeinden durch gemeinsame Bibelarbeiten, gemeinsames Gebet und gemeinsamen Dienst. Viele gaben der Hoffnung Ausdruck, daß solche Kontakte auch mit der römisch-katholischen Kirche angeknüpft würden.

Zum Missionsproblem wurde gesagt: «Die Mission ist die Angelegenheit der ganzen Kirche und nicht nur der Missionsgesellschaften. Wir fordern unsere Kirchen auf, die Missionsgesellschaften mitten in unsere Kirchen hineinzunehmen. Die Kirchen in Asien und Afrika müssen ihre missionarische Verantwortung selber übernehmen. Dennoch sollen sie von den andern Kirchen, auch von der kleinsten Gemeinde unterstützt werden.»

Der Bericht gibt auch offen zu, daß man sich in gewissen politischen Fragen wie Koexistenz, Atomwaffen und Militärdienst nicht habe einigen können. Ganz einhellig war man aber der Ansicht, daß die Zeit des europäischen Kolonialismus vorbei ist. «Es ist wichtig, daß in Europa die egoistische Habgier einer disziplinierten, brüderlichen Liebe Platz macht, sogar wenn dies ein Absinken unseres Lebensstandards zur Folge haben müßte.»

Der Bericht schließt mit den Worten: «Wir bekennen: Jesus Christus ist das Licht der Welt, und glauben demütig, daß dann, wenn wir sein Licht wahrhaftig in unserem Leben scheinen lassen, nicht nur das Leben und das Zeugnis unserer Kirche erneuert wird, sondern daß uns dann Gott auch der Einheit, die wir erstreben, entgegenführen wird.»

Die Aktion der Schweizer Delegation

Die Not in den Ländern, die wir im allgemeinen in einer etwas ungeschickten Ausdrucksweise «unterentwickelte Gebiete» nennen, hat sich den schweizerischen Delegierten schwer aufs Herz gelegt. Sie empfanden es als eine Notwendigkeit, das Gewissen ihrer Mitbürger in diese Frage zu wecken und erließen einen Aufruf, der vermehrte Anleihen mit niedrigem Zinsfuß an Entwicklungsländer fordert und es jungen Leuten ans Herz legt, ihren Beruf während drei bis fünf Jahren in einem Entwicklungsland auszuüben. Um nicht bloß große Worte zu machen, haben sich die 132 schweizerischen Delegierten verpflichtet, 5% ihres Verdienstes im Monat August an das Schweizerische Hilfswerk für außereuropäische Gebiete zu überweisen.

Die Frage der Abendmahlsgemeinschaft

Seit jeher ist die Frage der Abendmahlsgemeinschaft einer der wunden Punkte der Ökumene. Es gibt Kirchen, die sagen: Abendmahlsgemeinschaft ist das Ziel und nicht der Anfang des Zusammenschlusses der Kirchen. Bevor wir miteinander das heilige Abendmahl feiern können, müssen die andern Fragen, die noch offen sind, eine Antwort gefunden haben. Das Vorbereitungsteam der Konferenz hatte sich verpflichtet, keine gemeinsame Abendmahlsfeier durchzuführen. Nur unter dieser Bedingung haben etliche Kirchen ihre Delegierten nach Lausanne gesandt. Es darf aber als ein erfreuliches Zeichen angesehen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Delegierten mit großer Freudigkeit an der nicht offiziellen, interdenominationellen Abendmahlsfeier am zweitletzten Tage der Konferenz teilgenommen hat.

Die Jugend selber hat zu dieser Frage gesagt: «Wir werden nicht aufhören, unsere Kirchen zu bitten, auf eine wachsende Abendmahlsgemeinschaft hinzuarbeiten. Wir werden unseren Kirchen ganz klar sagen: Bevor man wieder zu einer solchen Konfe-

renz einläßt, müssen unbedingt Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht werden.»

Hoffnungsvolle Kontakte

In Lausanne waren nicht nur Delegierte aus den Kirchen, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen angeschlossen sind. Neben den Gästen aus Rußland waren auch etliche Beobachter aus der römisch-katholischen Kirche anwesend. Daß ihnen der Besuch der Konferenz möglich war, ist kein Zufall. Der Sekretär der Konferenz, dem diese Beziehungen besonders am Herzen liegen, hatte dem Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, François Charrière, einen persönlichen Besuch abgestattet. Mit diesem Besuch dürfte zusammenhängen, daß der römisch-katholische Bischof Charrière den Gliedern seiner Kirche ans Herz legte, fürbittend der Lausanner Jugendkonferenz zu gedenken und sie fragte: «Jesus Christus, ist er wirklich das Licht der Welt, das unser Leben erleuchtet in persönlicher und in gesellschaftlicher Hinsicht?»

Was bleibt?

Die Vorträge, die von führenden Männern aus den verschiedensten Kirchen zu den drei Unterthemen der Konferenz «Die europäischen Kirchen in der Welt von heute», «Die Aufgaben der Kirchen in einem sich wandelnden Europa» und «Die Erneuerung, Sendung und Einheit der Ortsgemeinde» gehalten worden sind, haben der Jugend zwar viele Anregungen und viel Diskussionsstoff gegeben, doch sie sind verklungen. Was bleibt? Der Präsident der Konferenz, Kanonikus Ed. Patey, erklärte in der letzten Pressekonzferenz: «Eine ökumenische Konferenz als Erfolg oder Mißerfolg zu bezeichnen, scheint mir gefährlich. Die Tatsache jedoch, daß eine so große Zahl von Jugendlichen aus aller Welt zusammengekommen ist, um nun besser ausgerüstet wieder ausgesandt zu werden, ist an sich bereits ein großer Erfolg. Der weitere Erfolg wird sich in den kommenden Jahren erweisen.»

Paul Handschin